WP-01-K3-581-2

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in:	BAG Migration & Flucht
Beschlussdatum:	06.01.2025

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 580 bis 589:
Menschen gemeinsam etwas schaffen, wächst unsere Gesellschaft zusammen. Wer arbeiten kann, soll arbeiten dürfen. ~~Das haben wir geändert und~~Wir werden bestehende Arbeitsverbote ~~weiter abbauen sowie~~abschaffen. **Wir setzen uns für die ~~Verfahren vereinfachen und beschleunigen~~Aufhebung der Wohnsitzauflagen ein, die nachweislich ein Integrationshindernis darstellt.** Wenn sich Arbeitgeber und Geflüchtete einig sind, sollte der Staat nicht mit unnötiger Bürokratie im Weg stehen. Deswegen werden wir kurze Fristen einführen, nach denen arbeitsbezogene Genehmigungen als erteilt gelten, wenn durch die Ausländerbehörde nicht aktiv Widerspruch eingelegt wird. So schaffen wir auch Planungssicherheit für Arbeitgeber und Geflüchtete. **Der Wunsch nach sozialem Aufstieg ist eine wesentliche Motivation für Migration. Dennoch erleben viele Migrant*innen zunächst eine Abwärtsmobilität. Ihr Humankapital und Sozialkapital werden im neuen Kontext teilweise entwertet und sie sehen sich häufig Diskriminierungen beim Zugang zu Arbeitsplätzen, Wohnraum, Sozialleistungen und der Durchsetzung ihrer Rechte ausgesetzt.** Mit frühzeitiger Beratung,einem Kompetenzcheck, **einer schnelleren und ~~einem Kompetenzcheck~~ einfacheren Anerkennung von Berufsqualifikation und umfassender Antidiskriminierungsarbeit**[Leerzeichen]wollen wir sicherstellen, dass Menschen gute Perspektiven bekommen und ihre Qualifikationen einbringen können. **Die Verpflichtung von Schutzsuchenden zur gemeinnützigen Arbeit oder die Kopplung staatlicher Leistungen an Arbeit mit Entlohnung unterhalb der Mindestlohngrenze lehnen wir ab.**